

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Neue Neuordnung der Bündnisse

In Afghanistan nähern sich ein weiteres Mal bisher "tödlich verfeindete" Warlords einander an. Die BBC meldete Mitte Mai, die Parteien des Kabuler Interimspräsidenten Burhanuddin Rabbani und der regierungsfeindlichen 'Islamischen Partei' ('Hezb-e Islami') des Gulbuddin Hekmatyar stünden kurz vor einem Abkommen über eine Machtteilung in Kabul. Am 20. Mai hatten sich beide Parteiführer erstmals seit dem Fall des sowjetisch gestützten Nadshibullah-Regimes 1992 in einem Ort östlich der Hauptstadt Kabul persönlich getroffen. Das Bündnis richtet sich gegen die von Pakistan unterstützten Taleban, die etwa die Hälfte Afghanistans kontrollieren und seit mehreren Monaten Kabul belagern. Hekmatyar hatte im vergangenen Jahr sein Hauptquartier und viele seiner Kämpfer an die neue Bewegung verloren.

Hekmatyar kündigte mittlerweile an, seine drei Verbündeten im 'Obersten Koordinierungsrates der Islamischen Revolution' (SCCIR) ebenfalls vom Bündniswechsel überzeugen zu wollen. Er reiste dazu in dessen Hauptquartier Mazar-e Scharif in Nordafghanistan. Zum SCCIR gehören neben der 'Islamischen Partei' die 'Islamische Nationale Bewegung' des Usbeken-Warlords Abdurrahman Dostam, eine Fraktion der schiitischen 'Partei der Islamischen Einheit' sowie die kleinere 'Nationale Rettungsfront' unter Sebghatullah Modshaddedi.

Hekmatyar hatte sich noch im Februar für eine "breite Allianz aller Oppositionskräfte" unter Einschluß der Taleban zum Sturz Rabbanis ausgesprochen. In einem diplomatischen Wettlauf mit Pakistan, das den SCCIR zu einem Bündnis mit den Taleban bewegen wollte, hat sich jetzt Iran durchgesetzt: Teheran hatte sich für eine Allianz zwischen Kabul und dem SCCIR eingesetzt.

Rückkehr von Flüchtlingen

Die Regierungen Irans, Afghanistans und Turkmenistans erzielten im März eine grundsätzliche Übereinkunft, mit Beginn des neuen (persischen) Jahres (am 20. März) die letzte Million afghanischer Flüchtlinge aus Iran zurückzuführen. Die ersten 250.000 sollen ab 10. April über turkmenisches Territorium in die von der Kabuler Regierung kontrollierten Gebiete Afghanistans zurückkeh-

ren. Sie sollen bei Maimana in der nordafghanischen Provinz Faryab die Grenze überschreiten. Der direkte Weg in die von Kabul beherrschten Provinzen ist unmöglich, weil die regierungsfeindliche Taleban-Bewegung das Gebiet zwischen der iranischen Grenze und dem Kabuler Einflußbereich kontrolliert. Kabuls Außenminister Nadshibullah Lafrayi erklärte außerdem, die Rückführung aller Flüchtlinge in dieser Zeitspanne sei unrealistisch. Seine Regierung unterstütze sie zudem nur, wenn sie freiwillig erfolge. Iran beabsichtigt, den Flüchtlingen die Aufenthaltserlaubnis zu entziehen. Bereits im letzten Jahr sollten 500.000 afghanische Flüchtlinge aus Iran zurückkehren. Aufgrund der Kämpfe kehrten iranischen Angaben zufolge jedoch nur 110.000 zurück.

Menschenrechte - Fehlanzeige

Das Fehlen einer Zentralregierung und die anhaltenden Kämpfe verfeindeter Fraktionen verhindern die Ahndung von Übergriffen und die Umsetzung der Menschenrechte. Die hätten auch künftig in Afghanistan weiter keine Chance, heißt es im Bericht des UN-Sonderberichterstatters für Afghanistan, Choong-Hyun Paik, der in Genf veröffentlicht wurde. Ermordung und Verschwindenlassen politischer Gefangener, Folter, Verstümmelung und erniedrigende Strafen gehörten zum Alltag.

Zu den zwölf Ländern, die Ende April von der UN-Menschenrechtskommission wegen schwerer Verstöße gegen die Menschenrechte namentlich verurteilt wurden, gehörte auch in diesem Jahr wieder Afghanistan. Das UN-Gremium tagte in Genf.

Massengrab gefunden

In der Nähe eines früheren Militärstützpunktes der prosowjetischen afghanischen Regierung drei Kilometer südwestlich der ostafghanischen Dshalalabad wurden die Überreste von Hingerichteten entdeckt. Der afghanische Nachrichtenagentur 'Afghan Islamic Press' (mit Sitz in Peshawar) zufolge liegen dort bis zu 500 Tote. Welcher Seite die Toten angehören, wurde nicht berichtet. In diesem Gebiet hatten jedoch Mudshahedin nach Beendigung des Abzugs der sowjetischen Truppen im Februar 1992 mehrere hundert Überläufer hingerichtet.

Explosion in Kandahar

Infolge eines Brandes explodierte am 27. März in Kandahar ein Taleban-Munitionslager. In der südafghanischen Provinzhauptstadt befindet sich das Hauptquartier der Taleban. Laut Radio Kabul, das von der Regierung kontrolliert wird, seien bei der Explosion 100 Menschen getötet worden. Taleban-Sprecher Amir Khan Mutaggi sprach lediglich von "beträchtlichem Schaden".

Uran-Schmuggel via Mazar?

Afghanische Antiquitäten-Schmuggler sollen parallel auch mit Uran aus der Ex-UdSSR handeln. Dies berichtete die Londoner Zeitung 'The Independent'. Dem Bericht zufolge seien sowjetische Diplomaten in Mazar-e Scharif die Quelle des Materials. Ein westlicher Antiquitätenhändler habe nukleares Material aus diesen Quellen im pakistanischen Peschawar gesehen. Mazar-e Scharif in Nordafghanistan ist die de-facto-Hauptstadt der afghanischen Usbeken-Milizen und gilt als friedlichstes Gebiet innerhalb des Landes.

Gespräche Iran - Taleban

Die von Pakistan unterstützten Taleban hätten erstmals zugestimmt, Gespräche mit der iranischen Regierung zu führen. Das teilte Teherans Vizeaußenminister Alaeddin Borudsherdi laut 'International Herald Tribune' Mitte April bei einem Besuch in Kabul mit. Über einen Zeitpunkt machte er aber keine Angaben. Borudsherdi erklärte, seine Regierung hoffe, daß es eine "umfassende Verständigung sowie Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten afghanischen Parteien" geben könne.

Ökologische Katastrophe in Nordafghanistan

Nach verheerenden Überschwemmungen in sieben afghanischen Provinzen werden über 100 Menschen vermißt. Außerdem seien Tausende Haustiere verendet, gab der Chef des Afghanischen Roten Halbmondes, Mohammad Haidar Reza, am 29. April in Kabul bekannt. Seine Organisation habe mit der Verteilung von Lebensmitteln, Plastikplanen und Speiseöl an die Betroffenen begonnen, aber das sei wegen des Mangels an Mitteln nur eine

"symbolische" Hilfe. Vor allem in Nord-Afghanistan seien langandauernde Schäden durch die Überflutung nutzbarer Ackerbodens und das Tiersterben zu befürchten. Die Abholzung der Berge habe die durch die Schneeschmelze verursachte "ökologische Katastrophe" weiter verstärkt, so Reza.

Raketen auf Irans Botschaft

Der Neubau der Botschaft Irans in der afghanischen Hauptstadt Kabul ist von einer Rakete getroffen worden. Das berichtete die in London erscheinende iranische Oppositionszeitung 'Iran Zamin' unter Berufung auf Reuter. Offensichtlich seien die Schäden das Ergebnis von Artillerieduellen zwischen afghanischen Regierungstruppen und den oppositionellen Taleban, hieß es weiter.

Bomben auf Badakhschan

Die Kabuler Regierung protestierte Mitte Mai bei der Regierung des nördlichen Nachbarstaates Tadschikistan gegen einen Bombenangriff, bei dem un-

bekannte Flugzeuge aus tadschikischem Luftraum Dörfer im Distrikt Baharak (Provinz Badakhschan) angriffen. Dabei seien vier Menschen getötet worden. Einem Bericht der pakistanischen Zeitung 'The News/Daily Jang' zufolge sei nicht klar, ob es sich bei den Angreifern um Flugzeuge der tadschikische Regierungstruppen oder der, vorwiegend aus russischen Kontingenten bestehenden GUS-Friedenstruppen handelte. Letztere bewachen im Auftrag der GUS-Staatschefs die Außengrenze der Gemeinschaft zu Afghanistan, um das Eindringen tadschikischer Aufständischer zu verhindern. Baharak, das Zentrum des gleichnamigen Distrikts, liegt etwa 90 km Luftlinie von der afghanisch-tadschikischen Grenze entfernt.

Zeitschrift "Kabul" zeitweilig verboten

Das Erscheinen der unabhängigen Wochenzeitschrift 'Kabul' ist bis auf weiteres von den Justizbehörden der afghanischen Regierung verboten worden. Ein Mitarbeiter der Zeitschrift er-

klärte gegenüber der iranischen Nachrichtenagentur IRNA, es seien keine Gründe für das Verbot mitgeteilt worden. Von den Justizbehörden habe es geheißen, daß die Zeitschrift durch die Veröffentlichung gewisser Artikel Bestimmungen des Pressegesetzes verletzt habe. Von seiten eines anderen Mitarbeiters hieß es, das Verbot stehe wahrscheinlich im Zusammenhang mit Enthüllungen über Aktivitäten des afghanischen Botschafters in New Delhi, einschließlich seiner angeblichen Kontakte zu Drogenschmugglerbanden und seiner Mißachtung von Instruktionen der Regierung in Kabul. In ihrer letzten Ausgabe hatte die Wochenzeitschrift das afghanische Militär aufgefordert, strategische Ziele in Pakistan mit Raketen und Flugzeugen anzugreifen.

Unter dem Namen 'Kabul' wurde seit den 30er Jahren die meist monatlich erscheinende Zeitschrift der 'Pashto Tolena' (Pashto-Gesellschaft), später Akademie der Wissenschaften Afghanistans, publiziert. Ob sich die neue Zeitschrift in dieser Kontinuität sieht, ist nicht bekannt.

Ein neuer Stellvertreterkrieg

So viel ausländische Einmischung wie nie seit 1992

Ilyuschin-76-Transportflugzeuge landen schwerfällig auf dem Flugplatz Bagram außerhalb Kabuls. Sie bringen russische Waffen, Munition, Treibstoffe und Geld für das belagerte afghanische Regime. Ungefähr 500 Kilometer entfernt in Kandahar rüstet sich eine rivalisierende islamische Truppe mit Hilfe aus Pakistan und arabischen Staaten auf. Berichte kursieren von Stinger-Luftabwehraketen Made in USA, die in iranische Hände fallen.

Eine Rückblende in die letzten Tage der kommunistischen Herrschaft des Präsidenten Nadshibulah? Schwerlich. Es ist 1996, und der Flughafen Bagram wird von Ahmad Schah Masud kontrolliert, einem der Mudshahedin-Kommandanten, die Nadshibullah vor vier Jahren stürzten. Aber die Ähnlichkeit mit der jüngsten, blutigen Vergangenheit ist mehr als ein flüchtiger Eindruck: Ausländische Mächte sind zurück nach Afghanistan gekommen, mästen ihre Stellvertreter in einem Ausmaß mit Waffen, das seit dem Sieg der Mudshahedin nicht seinesgleichen gesehen hat.

Sie sind zurück, weil die Schlacht um Kabul sich in einer entscheidenden Phase befindet, und die Folgen könnten weit

über die Grenzen Afghanistans hinausstrahlen. Diesmal ist es nicht eine Frage des Kommunismus, sondern des Islam: Die benachbarten Länder glauben, der Ausgang des afghanischen Machtkampfes könnten die Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus - mit all seinen politischen Implikationen - nach Zentral- und Südasien sowie den Nahen Osten beeinflussen.

"Der Afghanistan-Konflikt ist internationalisiert worden wie nie zuvor", sagt ein hoher westlicher Diplomat in Islamabad. "Der Einsatz ist mit der Beteiligung Irans und Rußlands gewachsen."

Iran, Rußland, Indien und Tadschikistan unterstützen Präsident Burhanuddin Rabbanis Regime aus Furcht vor den Taleban heraus, einer islamisch-fundamentalistischen Miliz, die im vergangenen Jahr Süd- und West-Afghanistan unter Kontrolle nahm und seit Oktober Kabul belagert. Iran, das von schiitischen Moslem-Geistlichen beherrscht wird, mißtraut den virulent anti-schiitischen Taleban, von denen die meisten sunnitisch-islamische Paschtunen sind, Afghanistans größte Stammesgruppe. Die anderen Unterstützer des tadschikisch-dominierten Rabbani-Regimes

wollen einfach der Ausbreitung der militanten Taleban entgegentreten.

"All die Mudshahedin sind islamische Fundamentalisten, aber die Taleban sind locker sitzende Schießbeisen. Wenn sie erfolgreich sind, haben sie vor, ihre Bewegung nach Mittelasien auszudehnen", sagt ein Diplomat, der sich im Denken Moskaus auskennt.

Pakistan, Usbekistan und einige arabische Golfstaaten haben sich auf die Seite der Taleban geschlagen, allerdings aus ganz verschiedenen Gründen. Pakistan besitzt eine eigene große paschtunische Bevölkerung, und beherbergt die afghanischen Flüchtlingslager, wo die Taleban-Bewegung geboren wurde. Usbekistan unterhält Verbindungen zu einem Verbündeten der Taleban, dem usbekischen Warlord General Raschid Dostam. Saudi-Arabien und einige andere sunnitisch-muslimische arabische Staaten, die sich über die Ausbreitung eines schiitischen Fundamentalismus iranischer Art in ihren eigenen Ländern sorgen, springen ein, weil Teheran auf der anderen Seite steht. "Ein Run auf den winkenden Reichtum hat erstmals seit 1992 eingesetzt, und kein afghanischer Warlord kann dem widerstehen",